

Hartz-IV: Sorge vor «Sozialstaatsfalle»

21.02.2010 11:37 Uhr | Aktualisiert 21.02.2010 11:53 Uhr

Der Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Klaus Zimmermann, warnt vor einer «Sozialstaatsfalle».

Bonn/ddp. Trotz einer Explosion der finanziellen Leistungen werde die von den Bürgern gefühlte «Gerechtigkeitslücke» immer größer, sagte Zimmermann, der auch Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist, der Nachrichtenagentur ddp. Er mahnte: «Hier muss umgesteuert werden, bevor das soziale Netz endgültig reißt.» Statt die «Hartz IV»-Regelsätze zu erhöhen, sollte zum Beispiel auf Bildungsgutscheine gesetzt werden. Mit Zimmermann sprach ddp-Korrespondent Jörg Säuberlich.

ddp: Wie bewerten Sie die aktuelle Debatte über das «Hartz IV»-Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Zimmermann: Die Karlsruher Richter haben entgegen manchen Behauptungen keineswegs eine Erhöhung der Regelsätze für das Arbeitslosengeld II angemahnt. Sie haben allerdings eine größere Transparenz bei der Berechnung dieser Leistungen gefordert und insbesondere die besonderen Bedürfnisse von Kindern betont. Dies begrüße ich ausdrücklich. Denn dass mit der Zahl der Kinder das Armutsrisiko steigt, wie das DIW gerade dokumentiert hat, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Es wäre gut, wenn sich die aufgeregte Debatte dieser Tage darauf konzentrieren würde, wie wir dieses zentrale Problem lösen.

ddp: FDP-Chef Guido Westerwelle hat gesagt, die Debatte trage «sozialistische Züge» - und wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspreche, der lade zu «spätrömischer Dekadenz ein». Ist diese Zuspitzung sinnvoll?

Zimmermann: Da halte ich es mit der Kanzlerin und sage: Dies ist nicht meine Wortwahl. Ich bin aber sehr für eine ernsthafte und unaufgeregte Generaldebatte, wie wir den Sozialstaat nachhaltig zukunftsfest machen können. Unsere Sozialausgaben haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten mehr als verdreifacht - sie erreichten 2009 die Rekordsumme von 754 Milliarden Euro, geregelt in fast 1000 sozialgesetzlichen Titeln und Einzelvorschriften. Trotz dieser Explosion der finanziellen Leistungen wird aber die von den Bürgern gefühlte «Gerechtigkeitslücke» immer größer, weil die Ansprüche offenbar noch schneller wachsen.

ddp: Welche Konsequenzen halten Sie für notwendig?

Zimmermann: Aus dieser «Sozialstaatsfalle» finden wir nur durch einen grundlegenden Paradigmenwechsel heraus. Wir dürfen deshalb die Qualität des Sozialstaates nicht länger in erster Linie über seine rein finanziellen Aufwendungen definieren. Das ist zwar bequem, führt uns aber in die falsche Richtung, weil nicht mehr der sparsame und zielgenaue Umgang

mit diesen solidarisch erbrachten öffentlichen Mitteln bestimmend ist, sondern ein generelles Anspruchsdenken, das den Wohlfahrtsstaat missversteht als permanenten Reparaturbetrieb für alle individuellen Schicksalsfälle des Lebens. Hier muss umgesteuert werden, bevor das soziale Netz endgültig reißt.

ddp: So hat auch schon im März 2003 der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in seiner Rede zur Agenda 2010 argumentiert. Sehen Sie rückblickend als sein damaliger Berater Fehler bei den «Hartz IV»-Arbeitsmarktreformen?

Zimmermann: Der größte Fehler ist, dass wir diesen Reformweg nicht konsequent weitergehen, sondern im Gegenteil sogar wichtige Elemente dieses Prozesses wieder in Frage stellen. Daneben gibt es handwerkliche Mängel, die dringend der Korrektur bedürfen. Insgesamt haben die vor fünf Jahren in Kraft getretenen Arbeitsmarktreformen gerade in der jüngsten Rezession geholfen, den Abschwung bei der Beschäftigung in Grenzen zu halten - die Grundrichtung stimmt also. Es ist allerdings mit dem geltenden Instrumentarium nicht ausreichend gelungen, der Hauptproblemgruppe der Langzeitarbeitslosen passgenau zu helfen. Ihre Zahl ist nur leicht rückläufig.

ddp: Können Sie das präzisieren?

Zimmermann: Deutschland weist mit fast 2,2 Millionen Betroffenen Ende 2009 international hier noch immer eine der höchsten Quoten auf. Zugleich wissen wir aber aus einer jüngsten DIW-Studie, dass Langzeitarbeitslose in ihrer übergroßen Mehrheit nichts mehr wollen als einen neuen Job. Weil jedoch der Abbau der Arbeitslosigkeit bei den «Hartz IV»-Empfängern langsamer vorangeht als bei den übrigen Arbeitslosen, hat sich der Eindruck verfestigt, die geltenden Regeln betrieben vorwiegend einen negativen Sanktionsmechanismus und führten in den wirtschaftlich-sozialen Abstieg. Deswegen ist diese Arbeitsmarktreform so diskreditiert. Die Bundesregierung ist dringend aufgerufen, aus diesen Fehlentwicklungen die Konsequenzen zu ziehen und Korrekturen durchzuführen.

ddp: Wo sehen Sie Änderungsbedarf?

Zimmermann: Die Politik sollte vor allem an zwei zentralen Punkten korrigierend handeln. Erstens: Bei der angestrebten Reform der Jobcenter muss oberstes Prinzip sein, für jeden einzelnen Kunden eine effektive individuelle Beratung und begleitende Betreuung aus einer Hand zu garantieren - und zwar von Anfang an. Für jugendliche Abbrecher, Ungelernte, Mitbürger mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende setzt diese Hilfe bisher oft deutlich zu spät an. Dabei geht es vielfach nicht nur um eine Jobvermittlung, sondern auch die Lösung sozialer Konflikte, von familiären Fragen, Motivations- und Qualifikationsdefiziten, die sich als Hemmnisse bei der Beschäftigungssuche erweisen. Zweitens: Viele der Probleme sind nicht durch immer neue finanzielle Transferleistungen lösbar.

ddp: Was schlagen Sie als Alternative vor?

Zimmermann: Statt etwa Regelsätze zu erhöhen, sollten gezielt durch Einstellungs- und Bildungsgutscheine Qualifikationen gefördert und Brücken in die Beschäftigung vermittelt werden. Dieser Grundsatz «Sach- und Dienstleistungen statt Bargeld» muss noch mehr für die besorgniserregend große Zahl von Kindern gelten, die unter «Hartz IV»-Bedingungen leben müssen. Bei ihnen kommen reine Geldleistungen oftmals gar nicht richtig an. Wer

diesen Mädchen und Jungen bessere Lebens-, Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnen will, tut dies am besten über gute Betreuungsangebote, außerschulische Förderung, kostenlose Bücher. Ich hoffe, Ursula von der Leyen, die bereits der Familienpolitik viele richtige Impulse gegeben hat, kämpft jetzt auch als Arbeitsministerin für ein solches Zukunftskonzept.

ddp: Wie bewerten Sie Forderungen, durch gesetzliche Mindestlöhne das Lohnabstandsgebot zu gewährleisten?

Zimmermann: Dass es einen Abstand zwischen Löhnen und Sozialleistungen geben muss, ist richtig. Allerdings kann dieser Abstand in bestimmten Fällen sehr gering ausfallen - zum Beispiel, wenn Hinzuverdienste bei den Sozialleistungsempfängern dazu kommen. Deswegen brauchen wir ein Konzept für eine Reform der Hinzuverdienstregeln und eine neue Ordnung für den Niedriglohnsektor. Gesetzliche Mindestlöhne würden das soziale Problem allerdings eher verschärfen, weil dann viele Jobs gerade von Geringverdienern bedroht sind.